

Saale-Beitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeit über dem
Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit
20 Pf., berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Ulrichstraße 63, 1 sowie von
unserer Annahmestelle und allen
Königsberger Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle
und auswärts 1 M.
Er scheint täglich einmal,
Sonntags und Feiertagen ausnahmslos.
Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17;
Abend-Geschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrich-
straße 63, 1; Telefon Nr. 591 u. 176.

Bezugspreis
Die Halle vierteljährlich bei mehrmaliger
Zahlung 2,50 M., durch die Post
3,25 M., einschließl. Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
Für unvollständigen Monatspreis
und keine Gewähr übernommen.
Abdruck nur mit Quellenangabe:
„Saale-Beitung“ gestattet.
Herausgeber der Redaktion Nr. 1140;
der Abonnements-Abteilung Nr. 1133.

Nr. 175.

Halle a. S., Sonnabend, den 16. April.

1910.

Die Wahlrechtsdebatte im Herrenhause.

6. Sitzung, Freitag, den 15. April.

Im Ministerische: v. Bethmann-Hollweg, v. Nolte, Bahrn-
hoff.
Auf der Tagesordnung steht die vom Abgeordnetenhaus ein-
gegangene

Wahlrechtsvorlage.

Sofort nimmt das Wort

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg:

In Erfüllung der in der Thronrede gegebenen Ver-
heißung einer Reform des Wahlrechts zum Abgeordneten-
hause hat die Regierungsvorlage unter Festhaltung an der
Öffentlichkeit des Wahlverfahrens die indirekte Wahl durch
die direkte ersetzt und für die Zurechnung der einzelnen
Wähler zu den drei Wahlbezirken neben den Merkmalen der
Steuerleistung, dener durch die Maximierung des an-
rechnungsfähigen Steuerbetrages eine veränderte Bedeutung
gegeben wurde, neue Merkmale der Bildung und Erfahrung
aufgestellt. Das Abgeordnetenhaus hat es abgelehnt, auf
dem Boden des Regierungsentwurfes zu treten und hat in
geradem Gegensatz zu ihm die indirekte Wahl beibehalten,
für die Wahl der Wahlmänner aber das geheime Wahlver-
fahren beibehalten. Ich habe mich im Abgeordnetenhaus aus-
sprechend über die Gründe ausgesprochen, aus denen die Re-
gierung Bedenken getragen hatte, die in dem bestehenden
Recht begründete Öffentlichkeit des Wahlverfahrens auf-
zugeben und aus denen ich den Überweg von der indirekten
zur direkten Wahl anempfehle. Die Regierung hält
auch heute noch diese Gründe für zutreffend und
würde an ihren Vorschlägen mit der
größten Entschiedenheit festgehalten haben,
wenn sie sich irgend einen positiven Erfolg
davon hätte versprechen können. Die Möglich-
keit dazu aber war abgesehen, nachdem sich aus der
Stellung der Parteien im Abgeordnetenhaus klar ergeben hatte,
daß seine Mehrheit die Beibehaltung der öffentlichen Wahl
ablehnt. Die Regierung hat sich deshalb vor die Frage
gestellt, ob sie beim Festhalten an ihren Vorschlägen schon dort
die Vorlage scheitern lassen und damit zugleich dem Her-
renhause die Möglichkeit nehmen sollte, sein Votum
auf dessen Abgabe die Staatsregierung

das größte Gewicht

legt, mit in die Majorität zu werfen, oder ob sie sich dazu
entschließen könne, sich den Grundlagen der Beschlüsse des
Abgeordnetenhauses zu fügen. Eine andere Alternative gab
es nach der gesamten Situation nicht. Die Regierung hat
sich trotz der Vorwürfe, denen sie sich selbstverständlich damit
aussetzen mußte, für die letztere entschieden. Die Tatsache,
daß sie in Anerkennung der Reformbedürftigkeit des Wahl-
rechts eine Wahlvorlage eingebracht hatte, schloß für sie die
Verpflichtung in sich, keinen Weg unversucht zu lassen, der
zu einem positiven, mit den Staatsinteressen vereinbaren
Ergebnis führen kann, und jedenfalls von ihrer Seite aus
alles zu tun, das dem dringenden Bedürfnis, einem Auf-
punkte in dieser Frage nachzukommen, förderlich sein kann.
Von diesem Standpunkte aus richte ich auch an Sie, meine
Serenen, die Bitte, das Prinzip der Beschlüsse des Abge-
ordnetenhauses ebenso, wie es die Staatsregierung getan hat,
nicht zu verwerfen. Im einzelnen aber enthalten diese Be-
schlüsse, wie dies bereits von der Staatsregierung im an-
deren Hause betont worden ist, nicht überall diejenige An-
sicht, welche notwendig ist, um die Vorlage im ganzen als
annehmbar erscheinen zu lassen. Denn nachdem das Abge-
ordnetenhaus die Grundlagen des Regierungsentwurfes un-
gestraft hatte, war es nicht angängig, Bestimmungen aus
diesem Entwurf einfach zu übernehmen, welche bei der
direkten und öffentlichen Wahl wohl begründet waren, bei der
indirekten und geheimen Wahl aber demjenigen Zwecke
nicht mehr gerecht wird, welcher nach der Auffassung der
Regierung das Ergebnis der Reform sein muß.

Die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses weisen Lücken auf,

die ausgefüllt werden müssen. Die Regierung hatte, wie ich
bereits vorhin gesagt habe, in Verbindung mit der Befrei-
gung der indirekten Wahl auch das System in einzelnen Be-
stimmungen als reformbedürftig bezeichnet, nach welchem
die einzelnen Wähler den Wahlabteilungen zugewiesen wer-
den. In dieser Beziehung sollten neben der Maximierung der
Steuern die Vorschriften über die Einreihung der so-
genannten Kulturträger und die Vergrößerung der Stim-
bezirke Mängel abheben, die schon lange offensbaren An-
stoß erregt haben. Nun ist es klar, daß diese Mängel in
ihrer Wirkung ganz wesentlich schon dadurch abgemindert
wurden, daß die Regierungsvorlage das indirekte Wahl-
system beibehielt.

Wenn daher jetzt das indirekte Wahlsystem beibehalten
werden soll, ist es doppelt notwendig, daß das Ziel der

jenigen Reformen verwirklicht wird, das die Regierung mit
ihren Vorschriften über die Einreihung der Kulturträger
und die Vergrößerung der Stimbezirke im Auge hatte. In-
dem das Abgeordnetenhaus den Schülern, den ehemaligen
Schülern höherer Lehranstalten, die die Berechtigung zum
akademischen Studium erlangt haben, ein bevorzugtes Wahl-
recht zugestanden hat, hat es den Gedanken einer nicht ledig-
lich feierlichen Abfassung des Wahlrechts als solchem zur
Geltung gebracht. Die einseitige Hervorhebung
eines einzelnen Bildungsmerkmals, wie es

das Abiturientenzugamen

ist, für dessen Heraushebung sich durchschlagende Gründe wohl
kaum werden geltend machen lassen, wird aber nicht
als gerechtfertigt angesehen, und es werden die
Bestimmungen hierüber zu vervollständigen sein. — Von
Vorschlag der Vergrößerung der Stimbezirke hat das Abge-
ordnetenhaus nicht übernommen und konnte ihn auch nicht
übernehmen, weil er auf die direkte Wahl zugeschnitten war,
mit der indirekten aber nicht verträglich ist. Die Wirkung
aber, welche die Regierung mit diesem Vorschlage verfolgte,
kann bei der indirekten Wahl dadurch erreicht werden, daß
die Bezirke, in denen die Steuerdrittelung erfolgt, auf einer
breiteren Grundlage aufgebaut werden. Die Regierung
hält es für durchaus notwendig, daß das Gesetz von diesem
Gesichtspunkte aus vervollständigt wird. Dabei muß ver-
langt werden, daß die einzelnen Teile, die gerade hier in
einer besonders starken Beweiskraft zueinander stehen,
so ineinander greifen, daß die das Ganze beherrschenden
Grundgedanken zur Geltung kommen. Ueber die notwendigen
Ergänzungen hat im Abgeordnetenhaus nach der Lage der
Parteibeziehungen ein Einvernehmen nicht erzielt werden
können. Die Regierung hat deshalb dort Zurückhaltung in der
Erwörterung geübt, daß es möglich sein werde, im
Herrenhause eine

Verständigung leichter

zu erzielen.

M. S. Ueber die allgemeinen politischen Fragen, welche
sich bei einem Gegenstande, wie bei der vorliegenden Re-
formänderung von selbst aufdrängen, habe ich mich im
Abgeordnetenhaus bei Einbringung der Vorlage ausführlich
ausgesprochen. Im gegenwärtigen Augenblicke und noch bevor
die Herren dieses hohen Hauses ihre Ansicht kundgegeben
haben, schien es mir notwendig zu sein, vorweg, wenn auch
in ganz kurzen Umrissen, die Stellung zu klären, welche
die Staatsregierung gegenüber den durch die Beschlüsse des
Abgeordnetenhauses geschaffenen Situation einnimmt. Dar-
über, daß bei dem Auseinandergehen der Anschauungen über
Art und Umfang der Reform die Lösung der Frage mit
außergewöhnlichen Schwierigkeiten verknüpft sein werde, hat
sich vor vornherein niemand einer Täuschung hingeben
können. Aber, meine Herren, wenn die begonnene Arbeit
jetzt ergebnislos verläßt — was wird die Folge sein? Die
Schwierigkeiten werden sich nicht mindern, sondern sie werden
sich steigern, nicht nur zum Nachteil der Sache selbst, sondern
zum Schaden unserer allgemeinen politischen Verhältnisse.
Diese Erkenntnis hat die königliche Staatsregierung in
ihrer Haltung bestimmt. In dem Bewußtsein, damit recht
gehandelt zu haben, wird sie von der Zuversicht getragen,
daß es ihr im Zusammenwirken mit Ihnen möglich sein
wird, die Vorlage in einer Gestalt zur Annahme zu drin-
gen, die den Bedürfnissen unseres Landes gerecht wird.
(Bravo!)

Graf v. Baronsleben:

Als 83jähriger General besage ich tief, daß an den wohl-
geordneten Grundlagen des Staates gerüttelt werden soll, ich be-
klage, daß irrtümelnde Preußen unter dem Gehng der Mar-
schallasse die Straßen durchziehen und unerfüllbare Forderungen
stellen, unerfüllbar nicht nur an sich, sondern auch wegen der Art
ihrer Vorbringung. Denn keine ihrer Verantwortung bewußte Re-
gierung und kein Parlament, das auf seine Würde hält, darf sich
solchen Drohungen beugen. Um zwei Fragen handelt es sich:
Erstens: Ist eine Reform nötig, zweitens: Wie weit soll sie gehen.
Die erste Frage behalte ich. Wollt ich die Reform, aber auch nur,
weil der König sie versprochen hat. Es wird jetzt immer mit
Schlagworten gearbeitet. Da wird von der Entschloßener gewisser
Parteien geredet. Wer hat von Entschloßener der Konfession
geredet, als sie in den 60er Jahren unter diesem Wahlspruch in einer
Drohrede zu den Situngen kamen konnten? Dann redet man von
Zukunftserbschaft mit Wahlspruch. Das klingt wie die Sagen
grauer Zeiten. Ich bin auch ein oberflächiger Junger, logar der
Durchschnittsintus eines solchen (Seitler!), aber ich erfahre mich
der Achtung ausser anderen Bevölkerungskreise, und von Zukunft-
erbschaft habe ich nichts bemerkt. Wahlmann gibt's wo anders,
da, wo es heißt: Variieren oder Hiegen! (Sehr richtig!) Was ist
dann von der Bedorigung des Wels im Geze? Was an dem
Eigennut der Konfessionen und des Wels bei gewissen Steuern?
Man braucht da nur an die Reichsfinanzreform zu denken. Nun
fragt sich: Wie weit soll die Reform gehen? Der Redner ver-
steht einen Brief, den er vor Jahren an den Fürsten Bismarck gerichtet

und in dem er jede Aenderung des Wahlrechts in radikalem Sinne
als unannehmbar bezeichnet. Auf diesem Standpunkt ließe ich noch
heute. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Vorlage aus diesem
Hause hinausgeht, ohne daß die zulässige Grenze nach links darhin
überschritten ist. Die Sozialdemokratie wird keine Reform befür-
worten, die nicht den Kraben und Beschaffen des Rechts zum Mit-
regieren bringt. Ueber diesen auch die Liberalen Parteien abheft,
und eine Verständigung erscheint einzuweisen so gut wie ausge-
schlossen. Ich hoffe trotzdem, daß bald wieder die Zeit kommt,
wo wir wieder einen konfessionell-liberalen, noch einen blau-schwar-
zen, noch einen rosen-roten Hof haben, sondern wo die staatsstreuen
Parteien unter Führung ihrer Eigenart in gemeinsamer Arbeit
für die Staatswohlfahrt wirken. (Leb's Beifall.)

Herzog zu Trautenberg:

Die Frage ist, ob wir die Beschlüsse des anderen Hauses nur
annehmen oder ändern sollen. Zweifelsohne liegt eine Verkin-
digung der beiden Häuser mit der Regierung im Interesse des
Staates, ein Schreiten der Vorlage kommt nur der Sozialdemokratie
zugute. Freie annehmen können wir das Gesetz nicht. Aenderungen
aber müssen so sein, daß dann auch eine verhältnismäßige Ruhe
eintritt. Die Fassung des Abgeordnetenhauses vertritt diese
Wirkung nicht, der Stimm wieder weiter brauchen, und der Riß
sich nur noch erweitern. Auch würde dann der Schwerpunkt der
preussischen Politik nicht mehr bei der Konfession liegen. Das
Reichswahlrecht für Preußen ist selbstverständlich eine Unmöglich-
keit. Möglich ist nur, auf der Basis der Beschlüsse des anderen
Hauses, der geheimen Urwahl und der öffentlichen Wahlmänner-
wahl, zu procedieren. Diese Basis mag in Einzelheiten abgeändert
werden. Geändert werden muß die Drittelung. Ich will keine
bestimmten Anträge stellen. Aber die Neue Fraktion ist, soweit
auch die Meinungen in ihr auseinander gehen, in der Ablehnung
der Vorlage einig, wenn in Bezug auf die Drittelung nicht eine
wesentliche Verbesserung der Vorlage vorgenommen wird. Ich
hoffe, daß das Haus, aus das in diesem Augenblicke, ich will nicht
sagen, die ganze Welt, aber ganz Deutschland blüht, Beschlüsse
lassen wird, würdig seiner hohen Stellung. (Leb's Beifall.)

Graf v. Bethmann-Hollweg:

Die Zustände in Preußen sind eigentlich ein schlagender Be-
weis dafür, wie vorteilhaft das geltende Wahlrecht ist. (Bravo!)
Allerdings hat auch der Reichstag Gutes geleistet, trotz des Reichs-
wahlrechts. Aber dessen Gefahren haben sich doch oft genug gezeigt,
zuletzt bei der Finanzreform. Das große Verdienst der Konferen-
tialen besteht, damals diesen Gefahren begegnet zu haben. Unter
keinen Umständen werden wir jemals die Hand dazu bieten, daß
das Reichswahlrecht auf Preußen übertragen wird. (Leb's Zu-
stimmung.) Gegen den platonischen Charakter des Wahlrechts
wollen wir auch ankämpfen und sind deshalb auch für die Maxi-
mierung. Die „Kulturträger“-Bestimmungen müssen ebenfalls ge-
ändert werden. Die wichtigste Aenderung brachte die Vorlage mit
der direkten Wahl. Die Beibehaltung der indirekten Wahl durch
das andere Haus halten wir für eine Verbesserung, wir wollen
nicht diesen Sprung zur direkten Wahl wagen. In der Frage der
Ersetzung der öffentlichen durch die geheime Wahl stehen wir
genau auf dem Boden des Ministerpräsidenten und sind für die
öffentliche Wahl, gegen die nichts spricht als höchstens der sozial-
demokratische Terror, den sie erleidet. Ein Teil meiner Freunde
ist entschlossen, unter keinen Umständen dem Gesetze, sobald es die
geheime Wahl bringt, zuzustimmen. Ein anderer Teil will, damit
überhaupt etwas zustande komme, die geheime Wahl in Kauf neh-
men, aber nur dann, wenn gewisse Garantien gegeben werden, daß
diese Einführung der geheimen Wahl nicht eine Etappe auf dem
Wege zur Einführung des Reichswahlrechts werde. Ich beantrage
Aberweigerung der Vorlage an eine Kommission von 20 Mitgliedern.
(Beifall.)

Graf v. Bismarck:

Die Einbringung der Vorlage war der Dank des Fürsten
Bismarck an die Liberalen für ihre Mitarbeit bei der Reichspolitik.
Ob dieser Dank so, wie er jetzt aussieht, den Liberalen besonders
begehren wird, ist eine andere Frage. Der Redner wendet sich dann
gegen die von liberaler, namentlich national-liberaler Seite gegen
die Konfessionen wegen ihrer Haltung in der Wahlfrage geäußerten
Polenik. Dem größten Teil der national-liberalen Presse ist die
Entrennung zwischen den Konfessionen und den National-libe-
ralen vornehmlich zugunsten. Eine Verständigung mit den
Liberalen, wenigstens den Rechts-liberalen, ist sehr wichtiges
und da das Herrenhaus zweifelslos die Beschlüsse des anderen
Hauses ändern werde, hätten die Liberalen Zeit, sich zu überlegen,
ob sie, wie I. J. bei der Reichsfinanzreform, die verkehrte Taktik
des Selbstzweckens auch hier befolgen wollten. Für meine Freunde
ist die Vorlage, solange sie das geheime Wahlrecht enthält, un-
annehmbar. Diese Vorlage ist entscheidend für den preussischen
Staat und für das Schicksal des Reiches. Denn das starke monar-
chische Fundament Preußens ist die Grundlage des Reiches.
(Beifall.)

Minister des Innern v. Nolte:

Das hohe Haus hat hier im Gegensatz zu vielen Kreisen der
Bewandlung den Standpunkt vertreten, daß das jetzige Wahlrecht
sich durchaus bewährt habe, und daß die Vorlage keine Verbesserung
bedeute. Die Regierung ist von dem Wert des geltenden Rechts
voll überzeugt und teilt die Anschauungen derer, die nach neuen
Wirkungen seinen Wert einschätzen. Aber auch bei dieser hohen
Einschätzung des geltenden Rechts kann man zu dessen Aenderung
kommen, wenn man einseht, daß es dem Ansehen seiner Gegner
nicht lange mehr Widerstand halten kann. Mängel hat auch das
geltende Recht, es ist den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr
völlig abgelenk. Das Wahlrecht ist das beste, das den Bedürfnissen



der Gegenwart am meisten gerecht wird. Das war J. 3. beim preussischen Wahlrecht der Fall. Seitdem hat sich jedoch manderlei geändert. Veranlassung zu der Revision des Wahlrechts bietet aber vor allem die soziale Wahlbeteiligung, ferner die ungenügenden und das Gleichgewicht störenden Einwirkungen höherer Steuerleistungen. Das Vorgehen der Regierung liegt durchaus in der Richtung einer härteren Politik. Ein neues Gesetz hat die Vorlage wesentlich abgemildert. Der Ministerpräsident hat Ihnen schon dargelegt, welche Hindernisse die Beschlüsse des anderen Hauses aufweisen. Die Regierung ist sich einig in dem bestimmten Wunsch, daß aus Ihren Beratungen diejenigen Verbesserungen hervorgehen mögen, ohne die eine befriedigende Lösung der Reformfrage nicht möglich ist. Die Regierungsvorlage hätte an der Dreiteilung der Steuern und der Abteilungsabteilung innerhalb der Stimmbezirke festgehalten und auf die Gemeindefestsetzung verzichtet, die Stimmbezirke aber vergrößert, doppelt so groß bemessen, wie sie nach den Beschlüssen des anderen Hauses sein sollten, und bei der indirekten Wahl sein müßten. Mit der Beibehaltung der kleinen Stimmbezirke wird es nicht gelingen, die diesseitigen Angelegenheiten und Interessen der Bevölkerung der Wähler zu den einzelnen Abteilungen und damit eine Spannungsfähigkeit auf das ganze Gesetz zu besitzeln. Eine erhebliche Erweiterung der Stimmbezirke ist noch der Auffassung der Regierung unentbehrlich. Sondern ist der Gefahr, nicht nur Weisheit, sondern auch Bildung beim Wahlrecht besonders zu berücksichtigen, in der Abgeordnetenhauseinigung verknüpft worden. Der Versuch, hier beider einzugreifen, muß in diesem Maße wenigstens gemacht werden. Diese Fortbildung des Wahlrechts soll die Intelligenz zur Wahlbeteiligung anregen und ihr politisches Verantwortlichkeitsgefühl stärken. Auch ich hoffe, daß es Ihrer Arbeit gelingen wird, zu einer Verständigung mit dem anderen Hause zu kommen und ein legitimes Wert für das Vaterland zustande zu bringen. (Braunfels.)

Professor Loening-Halle:

Es ist unrichtig, daß die nationalliberale Partei erst seit dem für sie ungenügenden Anfall der letzten Landtagswahlen für die Wahlreform eintritt. Ich habe vielmehr schon vor vier Jahren in diesem Hause auf die Notwendigkeit einer Wahlreform hingewiesen und damit den Willen eines Teiles dieses Hauses erregt. Die Thronrede hat nicht nur die organische Fortentwicklung des geltenden Wahlrechts als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnet, sondern hat auch ausgesprochen, daß diese Fortentwicklung der Ausbreitung der Bildung, dem politischen Verständnis und der Erstarbung des staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entsprechen muß. Die Fassung des Abgeordnetenhauses entspricht diesen Anforderungen in keiner Weise. Der Entwurf, wie er aus dem Abgeordnetenhause gekommen ist, ist

ein Beschluß,

und für mich unannehmbar. Auch ich bin gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Aber deshalb braucht doch nicht alles so zu bleiben, wie es 1849 vereinbart wurde. In der gegenwärtigen Dreiteilung kann eine Schwächung des plutokratischen Charakters liegen, aber auch eine Verklärung. Das ist ein reines Würfelpiel, nur daß die Würfel immer zugunsten des Zentrums fallen. Es muß unter den Wählern Verbitterung hervorgerufen, wenn 17 Prozent allein über die Wahl entscheiden und 83 Prozent einfach ausgeschlossen werden können. Die Masse der Wähler geht ja deshalb auch nicht zur Wahl. Wozu ist aber ein Wahlrecht da? Doch damit es ausgeübt wird. Weiter muß die Erörterung und die Mitbestimmung unter den städtischen Wählern die jetzige Wahlkreiseinteilung hervorheben. Die eine Hälfte der Wähler wählt 903, die andere 140 Abgeordnete. Solche Mißstände bestehen in keinem anderen Staat. Durch Annahme einer Resolution müssen wir erklären, daß eine Neueinteilung der Wahlkreise notwendig ist.

Wir können natürlich nur für ein Kompromiß sein, das uns auf dem Wege zu unserem Ziel einen Schritt vorwärts bringt. Einen Mißschritt wird man uns doch nicht zumuten können. Auf eine Zufriedenstellung der Sozialdemokraten können wir nicht rechnen, selbst wenn wir das allgemeine, gleiche Wahlrecht einführen würden. Diesen Gedanken, die Sozialdemokratie zu befriedigen, müssen wir von vornherein außer acht lassen. Aber etwas anderes ist es, wenn große Massen des Bürgertums in Stadt und Land berechtigte Beschwerden haben. Sorgen wir dafür, daß diese berechtigten Beschwerden des Bürgertums abgehört werden, damit bei der nächsten Reichstagswahl nicht so viele aus dem Bürgertum zur Sozialdemokratie übergehen. Das kann geschehen, wenn zur rechten Zeit notwendige Reformen gemacht werden. (Beifall.)

Herrn Widnowsky:

Der Adel gegen den Fürsten Willam, daß er diese Frage vorgelegt hat, ist unbedeutend. Es heißt den Zeitgeist völlig vermissen, wenn man meint, diese Reform hätte sich verhehlen lassen. Wenn wir in dem meisten Bundesstaaten ein rationales Wahlrecht haben, wenn Österreich ein solches hat unter viel geringeren Verhältnissen als bei uns, so lag für die Regierung der kategorische Imperativ vor, die Reform anzubahnen. Die Rechte muß Zugeständnisse machen; wer anders soll dem Zugeständnisse machen als die deus potestatis. Die geistige Wahl ist ein Zugeständnis, und kein kleines an das demokratische Gefühl, wenn sie auch nur für den Urwähler gilt. Denn der Wahlmann ist nicht so abhängig wie der Urwähler, kann also öffentlich wählen. Das geheime Wahlrecht wird leider in der Diktatur schädlich wirken. Trotzdem bin ich dafür. Wenn ich im wesentlichen die Basis der Vorlage Ihnen zur Annahme empfehle, so muß ich das Gesetz in der vorliegenden Form ablehnen. Man muß auch die politischen Inkompetenzen nicht außer acht lassen. Ich würde es geradezu für ein nationales Unglück halten, wenn ein Gesetz zustande käme, das lediglich sich auf die Vaterstadt des schwarzblauen Adels stützt. Ein solches Gesetz würde keine Ruhe schaffen. Ohne die Mitwirkung der Konventionen und auch der Nationalliberalen ist für mich jeder Schritt in dieser Frage unannehmbar. Dieses Gesetz würde dem heutigen System eine Garantie aufdrücken, die verfassungsmäßige Institutionen einschleichen würde. Ich hoffe, daß die Beschlüsse des Hauses die Brücke zur Verständigung mit den Mittelparteien bilden werden. (Beifall.)

Professor Hildebrand-Breslau:

Ein großer Teil meiner Freunde hält es nicht für nötig, einem Gesetz zuzustimmen, mit dem ein so großer Teil des anderen Hauses nicht einverstanden ist. Nach der Verabschiedung dieses Gesetzes werden die Wahlkreise nur noch schlimmer werden, denn jede der roten Pläne, die dem Reichstag vorgelegt wurden, sind noch schlimmer. Wenn wir die Vorlage rüchlos ablehnen, so wäre das kein Schade. Als Ergebnis der Modifikation ist sie nur eine

Stappe zum Reichswahlrecht. Und da sagen wir: Principals obstat! Was geht uns das Wahlrecht in Süddeutschland an? Wir wollen Preußen bleiben! Im Reich ist das Wahlrecht als etwas historisch Geborenes unabhängig, höchstens könnte man eine zweite, auf repräsentativer Grundlage ruhende Kurie angliedern. Der Entwurf hat viele Schönheitsfehler. Das Minimum ist kein Minimum für das Ansehen, sondern ein Minimum für Intelligenz als mangelnder Attraktion. (Zustimmung.) Wir wollen über den Entwurf in erste Erwägung eintreten. Aber einen Sprung ins Dunkle können wir ab und werden nichts annehmen, was Preußens Eigenart schädigt. (Beifall.)

Oberlandesgerichtspräsident a. D. Hamm:

Es kommt sehr darauf an, aus welchen Händen die Wahlreform angenommen wird. Für die Reichswahlrecht schwärmen auf der einen mit einige Theoretiker. Zentrum und Sozialdemokratie hängen fast denselben unbedingten Vorkäufers. Darin liegt die Gefahr der Lage. Gelingen wir bei uns das Reichswahlrecht ein, so haben wir bald nur noch ein Zentrum, dessen Seite der Sozialdemokraten im Abgeordnetenhause, welches nicht gleich unerschütterlich. Sie kennen die Zentrumswirtschaft nicht. Die größte Gefahr für Preußen ist der konfessionelle Krieg, der von der Verquickung von Religion und Politik durch das Zentrum ausgeht. Der Terrorismus des Zentrums ist noch viel gefährlicher als dem der Sozialdemokratie. Und da gehen die Konserativen mit dem Zentrum! Wer nicht ein politischer Katholik ist, wie z. B. der Oberpräsident v. Schölerer, wird vom Zentrum boykottiert und mit den ärgsten Schimpfwörtern belegt. Und mit dieser Partei will sich die Rechte zum zweiten Mal verbinden! So kann keine Politik getrieben werden; sehen die Konserativen das nicht noch ein, so wird's höchstens die Regierung noch einsehen. Preußens Eigentum ist die Ausgliederung der konfessionellen Gegensätze, das Zentrum will diese Gegensätze verschärfen. Darum: keine Politik auf Grund eines Bündnisses mit dem Zentrum! (Beifall und Händeklatschen.)

Überzergemeister Krieger:

Wir sind mit kleinen Änderungen des Wahlrechts nicht zufrieden, sondern fordern eine fundamentale Veränderung, vor allem das geheime Wahlrecht. Es ist eine Unwahrscheinlichkeit, wenn man den abhängigen Wähler die geheime Wahl verweigert. Denken Sie an den sozialdemokratischen Wahlterrorismus, der bei der nächsten Wahl im ganzen Lande sich noch mehr betätigen wird! Ein Wahlgesetz ohne geheime Wahl muß für die Abgeordnetenschaft in ein innerer Widerspruch und eine sehr große Gefahr. Bei der indirekten Wahl ist die geheime aber unerschütterlich. Nicht wegen, sondern trotz des geltenden Wahlrechts hat Preußen großes geschienen. Das preussische Volk und das absolute Königtum haben Preußen zu dem gemacht, was es ist. Nach der Theorie derer, die da sagen, das geheime Wahlrecht habe Preußen groß gemacht, könnten wir dann ja beim absoluten Königtum bleiben! (Heiterkeit und Beifall.) Auch ohne das Verprechen in der Thronrede hätte die Wahlreform kommen müssen. Was 1849 zweideutig war, ist es heute nicht mehr. (Beifall.)

Die Besprechung schießt. Die Vorlage geht an eine besondere Kommission von 20 Mitgliedern.

Das Haus verlegt sich auf unbestimmte Zeit. Die nächste Sitzung findet höchstens am 25. April statt.

Schluß 3/4 Uhr.

Abgeordnetenhause.

49. Sitzung vom 15. April.

Am Ministertisch: v. Breitenbach. Das Haus ist hart belegt. Präsident v. Krieger eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Die Abgeordneten strömen fast sämtlich nach vorn zur Rednertribüne.

Geschäftsordnungsdebatte.

Herrn Binder (konf.):

(zur Geschäftsordnung): Wir können es nicht hinstellen lassen, wenn von Mitgliedern des Hauses den Ministern des Königs und dem Präsidenten des Bundes in der Weise begegnet wird, wie es gestern seitens einiger sozialdemokratischer Abgeordneter geschehen ist und noch weniger, wenn der Eid der Treue, den wir alle dem König geleistet haben, so wie es gestern geschehen ist, zum Gegenstand des Spottes gemacht wird. Wir bitten den Präsidenten, solche Zwischenfälle im Stenogramm und Protokoll zu vermerken zu lassen. Des weitern hoffen wir, daß es uns im Verein mit den anderen Fraktionen bald gelingen wird, die gestern vom Präsidenten beklagten Mängel in unserer Geschäftsordnung der veränderten Zusammenfassung des Hauses entsprechend auszufüllen (Beifall rechts), damit diesen beschämenden Zuständen ein Ende gemacht wird, daß derartige Dinge ungeahndet bleiben, weil die mit weiteren Folgen nicht verknüpften Ordnungsregeln bei den sozialdemokratischen Mitgliedern dieses Hauses in ihrer erheblichen Wirkung erfahrungsgemäß versagen. (Anhaltender Beifall rechts und in der Mitte.)

Präsident v. Krieger:

Ich habe bereits gestern angeordnet, daß Zwischenrufe, soweit sie von den Stenographen vernommen werden, in das Stenogramm aufgenommen werden.

Herrn Graf Molke (nl.):

Ich hoffe, die Zustimmung meiner Freunde zu finden, wenn ich sage, daß wir uns an Anregungen der konserativen Partei in vollem Maße angeschlossen. (Beif. Beifall rechts und in der Mitte.) Wir müssen Bestimmungen treffen, die geeignet sind, die Würde des Hauses mit Rücksicht auf solche Ausschreitungen zu vertheidigen. Gestrichelt bis nicht, lege ich mein Mandat in die Hände meiner Wähler zurück. (Beifall rechts. Zuruf bei den Soz.: Wird niemand bedauern!)

Herrn Beckstein (Str.):

Das Zentrum verurteilt aus scharfer die gezeigten Exzesse und ist bereit, in Verhandlungen einzutreten, um die Wahlrechtsreform zu erneuern. (Beif. Beifall rechts.)

Herrn Baermann-Altona (nl.):

Die gestrigen Vorgänge haben uns aufs höchste indigniert. Sie spielten in einer Verhöhnung des Reichspräsidenten und unseres verehrten Präsidenten. Trotzdem wollen wir nicht abtrato vorgehen. Einer etwas muß geschehen. (Beifall.)

Herrn Ströbel (Soz.):

Wie können Sie über die Sache urteilen! Das Stenogramm noch gestern liegt ja noch gar nicht vor! (Gelächter.) Von einer Verhöhnung des Ministers kann gar keine Rede sein. Der Minister hat nach Art schlechter Wirtinnsätter eine Willenslose aus den Ausführungen meines Freundes Leinert zusammengestellt. (Unruhe.)

Präsident v. Krieger:

Das geht zu weit!

Herrn Ströbel (Soz.):

Der Ausdruck „Hörse“ ist zuerst aus dem Munde des Ministers. Wir sind aber nicht so empfindlich. (Heiterkeit.)

Seite der Präsident „Hörse“ vom Minister gegen uns durchgehen lassen, brauche er auch nicht gegen uns einzuschreiten, als wir dies zurückgeben. Das empfind ich nicht als der Ordnung des Hauses entsprechend. (Unruhe.)

Präsident v. Krieger:

Sie dürfen vom Präsidenten nicht sagen, daß er etwas getan habe, was der Ordnung nicht entspricht. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Beifall.)

Herrn Ströbel (Soz.):

Sie wollen mir also die Möglichkeit abschneiden, eine objektive Darstellung zu geben.

Präsident v. Krieger:

Es wird hier gar nichts abgehandelt. (Heiterkeit.)

Herrn Ströbel (Soz.):

Ich habe die Empfindung gehabt, daß das gezeigte Verhalten des Präsidenten der Geschäftsordnung nicht entspricht.

Präsident v. Krieger:

Das haben Sie schon einmal gesagt, und ich habe Sie deswegen zur Ordnung gerufen. Wenn Sie Respekt haben wollen, müssen Sie solche Ausführungen vermeiden. (Beifall.)

Herrn Ströbel (Soz.):

Das verleihe ich nicht. (Schallende Heiterkeit.) Wir haben gestern den parlamentarischen Instanz gewährt. (Gelächter.) Ein ganz harmloser Vorgang hat zu Enttäuschungen geführt: Es scheint bestellte Arbeit zu sein wegen der Veränderung der Geschäftsordnung. (Widerpruch.)

Herrn Borgmann (Soz.):

Man versteht einseitig nicht, weshalb von dieser belanglosen Sache so viel Wesen gemacht wird. Von Rechts kommen mitunter auch Zwischenrufe, die für uns schwere Beeidigungen sind. (Widerpruch.)

Herrn Dr. Hund (Sp.):

Wir lassen es dahin gestellt sein, ob der gezeigte Vorgang Anlaß zu einer Veränderung der Geschäftsordnung geben kann. Die Rechte der Minorität müssen aber dabei gewahrt werden. Die Vorgänge mißbilligen wir auch.

Herrn Hoffmann (Soz.):

Ich bin an den gestrigen Zwischenrufen zufällig unbeschuldigt. (Heiterkeit.) Die Herren rechts haben uns auch schon durch Zwischenrufe beleidigt. Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus!

Herrn Ströbel (Soz.):

Dah wir Sozialdemokraten nicht konigstren in Ihrem Sinne sind, brauche ich Ihnen nicht erst auseinanderzusetzen. Das ist verfassungswidrig auch zulässig. Und wenn man uns dann erklärt: Was Ihr für eure Ziele haltet, ist unrichtig, Ihr seid und müßt konigstren sein, dann ist das eine Verletzung unserer heiligsten Gefühle. (Gelächter.) Wir entziehen uns aber nicht gleich, darum entziehen Sie sich auch nicht! (Sehr richtig! bei den Soz.)

Herrn v. Arnim-Jilseboom (konf.):

bittet den Präsidenten, den Antrag der Geschäftsordnungskommission sobald als möglich auf die Tagesordnung zu setzen. Darauf schließt die Geschäftsordnungsdebatte. Die zweite Lesung des

Eisenbahnetats

wird fortgesetzt.

Herrn Hoff (Sp.):

Ein Bahnhofsvorarbeiter hat seinen Untergebenen verboten, freifinnige Bemerkungen zu machen. Was sagt der Minister dazu? Die Lohnverhältnisse der Bahnarbeiter, besonders der Streckenarbeiter lassen noch viel zu wünschen übrig. Den gesundheitlichen und kritischen Wert des Urlaubs möge der Minister nicht gering einschätzen.

Herrn v. Beyer-Dortmund (Str.):

Die Hauptung des Sozialdemokraten Leinert, die Eisenbahnarbeiter stehen auf ihrer Kulturhöhe, kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden. (Beifall.) Die Eisenbahnarbeiter sind gerade die Elite der Arbeiter. Die Bestimmungen über die Sonntagstrafe behörden der Huerzeugung.

Minister v. Breitenbach:

Die Eisenbahnetats sind im März wieder um 14% Mill. Mark gestiegen. (Beifall.) Die Gesamtzahl der Arbeiterpensionen sollte wieder hier auf rosig dargelegt.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Beim Titel „Unterhaltungen“ bitten die Abgeordneten (nl. und Meyer-Tilke (konf.) um Erhöhung der Pensionen der Arbeiter.

Herrn Dr. Schröder-Kassel (nl.):

bittet, die Kapitalien der Eisenbahnenpensionen aus den Bau-Genossenschaftsarten zu gewähren, die nicht nur aus Eisenbahnen bestehen.

Herrn Dr. Runge (Sp.):

begrüßt das glänzende Bild der Eisenbahnetats in der letzten Zeit. Die Eisenbahner wollen in ihrer Weisheit vom Streit nichts wissen, aber man gewähre ihnen höhere Bezüge.

Herrn Bruß (Zentr.):

wünscht erhöhte Pensionen für die Eisenbahnarbeiter, wenn möglich noch durch einen Nachtragetat, damit sie schon jetzt in Kraft treten können.

Beim Schlußtitel „Sächliche Ausgaben“ bittet Herr v. Willebrandt-Schölin (konf.) um weitere Steigerung der Betriebsfähigkeit durch mechanische Signalapparate.

Herrn Tourneau (Str.):

beklagt sich über den Mangel an Eisenfeld während des Herbstes. Das Rauchverbot in den Speisewagen sollte aufgehoben werden.

Herrn Baum (Sp.):

empfiehlt andere Regelung des Arbeitslohnens.

Herrn Wendland (nl.):

bittet, nicht den Eisenbahnen den Vorrang vor den Holzschwellen zu geben.

Ein Regierungskommissar

erwidert, daß das nicht geschehe. Nur in Oberloosen, wo die Probationsstätten der Eisenbahnen vor der Tür liegen, würden solche umfangreich verwendet.

Herrn Dr. Heiß (Str.):

beklagt sich über einige Bahnhofsübergänge in Oberloosen.

Herrn v. Beyer (Str.):

kommt auf das Mühlheimer Eisenbahngelände zurück. Die verwundeten Soldaten hätten ihre Schmerzen behendiger ertragen. Dank den Beamten, die so schnell zur Hilfe kamen, und allen anderen Helfern. Die Schulfrage sei doch gelöst, Auszüge siehe gegen Auszüge.

Die gerichtliche Untersuchung... Die gerichtliche Untersuchung... Die gerichtliche Untersuchung...

Deutscher Reichstag

64. Sitzung vom Freitag, den 15. April, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Wermuth, Febr. v. Rheinbaben.

Die erste Lesung der Reichszumwachssteuer.

Staatssekretär Wermuth:

Ich habe zu erklaren, warum die Vorlage so fruhzeitig... Ich habe zu erklaren, warum die Vorlage so fruhzeitig...

Abg. Graf Westarp (konf.):

Wir betrugen die Vorlage und besonders ihre schnelle... Wir betrugen die Vorlage und besonders ihre schnelle...

Abg. Dr. Sumbel (Soz.):

Diese Vorlage ist ein integrierender Bestandteil der... Diese Vorlage ist ein integrierender Bestandteil der...

Abg. Cuno (fortschr. Vp.):

Es war von vornherein ein gefahrliches Experiment der... Es war von vornherein ein gefahrliches Experiment der...

Abg. Cuno (fortschr. Vp.):

Es war von vornherein ein gefahrliches Experiment der... Es war von vornherein ein gefahrliches Experiment der...

Nachsticht genommen werden. Wir werden in der Kommission... Nachsticht genommen werden. Wir werden in der Kommission...

Staatssekretär Wermuth

wahrt bei von dem Vorredner gegen die Wertzuwachssteuer... wahrt bei von dem Vorredner gegen die Wertzuwachssteuer...

Abg. Weber (nl.):

Meine Freunde stehen mich ebenfalls der Vorlage sympathisch... Meine Freunde stehen mich ebenfalls der Vorlage sympathisch...

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Vorbekanntlich einer gründlichen Prüfung stellen wir uns... Vorbekanntlich einer gründlichen Prüfung stellen wir uns...

Staatssekretär Wermuth

wiederholt die dringende Mahnung, das Gesetz nicht zu... wiederholt die dringende Mahnung, das Gesetz nicht zu...

Abg. Raab (wirtsch. Vg.):

Wir haben die Zuwachssteuer schon 1902 angetagt. Die Ge... Wir haben die Zuwachssteuer schon 1902 angetagt. Die Ge...

Abg. Jizsch (Soz.):

Die Nationalliberalen haben gestern in Ohn-Diesho gesehen... Die Nationalliberalen haben gestern in Ohn-Diesho gesehen...

Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern... Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern...

Schluss 6 1/2 Uhr.

Deutsches Reich

Die Ausperrung der Banarbeiter

begann gestern abend 6 Uhr in ganz Deutschland. Es wird... begann gestern abend 6 Uhr in ganz Deutschland. Es wird...

Aus dem Reiche

geben folgende Nachrichten Kunde über den Stand der Be... geben folgende Nachrichten Kunde über den Stand der Be...

Köln, 15. April. Heute sind in Rheinland und West... Köln, 15. April. Heute sind in Rheinland und West...

Duisburg, 15. April. Heute werden hier und in der... Duisburg, 15. April. Heute werden hier und in der...

Arten, 15. April. Die Arbeitgeber erhielten heute früh... Arten, 15. April. Die Arbeitgeber erhielten heute früh...

Bremen, 15. April. Eine Arbeitgeberversammlung der... Bremen, 15. April. Eine Arbeitgeberversammlung der...

Dresden, 15. April. Die tüchtigen Bauunternehmer sind... Dresden, 15. April. Die tüchtigen Bauunternehmer sind...

In Dresden werden etwa 4000 Arbeiter von der Aus... In Dresden werden etwa 4000 Arbeiter von der Aus...

In Berlin

fann man noch nicht, wie aus maßgebenden Kreisen ver... fann man noch nicht, wie aus maßgebenden Kreisen ver...

Die Walkbühne rings um Berlin

sind bekanntlich seit Jahren gefährdet, teilweise durch den... sind bekanntlich seit Jahren gefährdet, teilweise durch den...

Es seiner Zeit berichtet wurde, hatte das Landwirt... Es seiner Zeit berichtet wurde, hatte das Landwirt...

Parlamentarisches

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte die... Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte die...

Ein parlamentarischer Abend beim badischen Minister... Ein parlamentarischer Abend beim badischen Minister...

Kleine politische Nachrichten

Zweiter preussischer Richtertag. Der Vorstand des preussischen Richtervereins ladet zum zweiten... Zweiter preussischer Richtertag. Der Vorstand des preussischen Richtervereins ladet zum zweiten...

Hof- und Personalnachrichten

Der Kaiser begab sich gestern in der Uniform seines... Der Kaiser begab sich gestern in der Uniform seines...

Ausland

Roosevelt in Wien

Gestern morgen um 6 Uhr 45 Minuten traf mit dem... Gestern morgen um 6 Uhr 45 Minuten traf mit dem...

„Ich hätte es nie gewagt, Ihnen unter die Augen zu... „Ich hätte es nie gewagt, Ihnen unter die Augen zu...

des Österreichischen Botschafters in Washington gelang es, den Expräsidenten zu bewegen, auf seiner Europareise auch Wien und Budapest zu besuchen. Als erster europäischer Staat hat die k. u. k. Regierung die Botschaft in Wien zu eröffnen, was die Botschaft in Wien zu eröffnen, was die Botschaft in Wien zu eröffnen...

viele nicht bekannt sein, welche eminente Sorgfalt darauf verwendet wird, absolut freisprechendes Fleisch den Konsumenten zu garantieren. Die Besucher hatten auch Gelegenheit, in mehreren angelegentlich ausgestellten Erzeugnissen in Fleisch zu beobachten. Die bakteriologischen Untersuchungen, die ebenfalls mit bedeutendem Aufwand von Zeit und Mühe verbunden sind, führte Herr Direktor Reimers persönlich aus.

des Ballons haben keine Verletzungen erlitten; sie begaben sich mit der Bahn nach Sandbühnen zurück, wo sie die nächste noch ohne Nachricht von dem Schicksal ihres entflohenen Ballons, wohlbehalten eintrafen.

Letzte Nachrichten.

Abend Sitzung des Abgeordnetenhauses.

H. Berlin, 15. April. In der heutigen Abend Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde zuerst die Mitteilung der Katastrophen von verchiedenen Reibern besprochen, dann genehmigte man die dauernden Ausgaben im Etat. Schließlich fand eine Aussprache über die außerordentlichen Ausgaben statt.

Der Stand der Schiffsabgaben.

H. Berlin, 15. April. Die Verhandlungen, die zwischen den Abgeordneten mit Schiffen, Häfen und Seelen in der Frage der Schiffsabgaben geführt hat, sind nun zum Abschluss gelangt. Bei der vorigen Abstimmung im Bundesrat vom 3. Februar ds. J., in welcher statt der zur Abhebung notwendigen 14 Stimmen nur 12 Stimmen gegen den preussischen Vorschlag zu machen waren, haben die Bundesstaaten den Zweck verfolgt, den preussischen Entwurf, dessen Einbringung nicht mehr zu verhindern war, wenigstens in seinen Einzelheiten ihren Bedürfnissen etwas mehr anpassen. Ueber diese parlamentarischen Konjessionen, durch die Preußen nach außen hin einen schweren Vorwurf der Bergewaltigung von Bundesstaaten von sich abzuwehren möchte, ist jetzt eine Einigung zustande gekommen. Der Bundesrat wird nun in den nächsten Tagen den Gesetzentwurf genehmigen. In seine Erledigung im Reichstage vor der Vertagung ist aber nicht mehr zu denken. Es wird höchstens noch die erste Lesung stattfinden.

Urteil im Prozeß Begler-Simplizissimus.

H. Stuttgart, 15. April. In der Beleidigungssache des Bischofs von Rottenburg, Kepler, gegen den Redakteur des Simplizissimus, Gulbranson, wurde heute von der Strafkammer das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde wegen Beleidigung zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten und Tragung der Kosten, sowie zum Ersatz der dem Nebenkläger erwachsenen Auslagen verurteilt. Das Urteil muß im „Simplizissimus“, im „Württembergischen Staatsanzeiger“, im „Boissblatt“ von Stuttgart, im „Schwäbischen Merkur“ (Stuttgart), in der „Kön. Ztg.“ sowie in der „Kreuzzeitung“ veröffentlicht werden. Die Seite 154 der Nr. 10 des „Simplizissimus“ ist zu vernichten und die Platte, die zur Herstellung diente, unbrauchbar zu machen.

Der Kampf im Baugewerbe.

H. Bremen, 15. April. Hier ist die Aussperrung im Baugewerbe im Gange. Eine Versammlung der zueinander namhaften Unternehmen in Bremen und Umgebung beschloß mit 122 gegen 83 Stimmen, von einer Aussperrung vorläufig abzusehen. H. Offenbach, 15. April. Die Aussperrungen im hiesigen Baugewerbe haben hier heute begonnen. 700-800 Arbeiter sind von ihnen betroffen. In Unternehmenskreisen rechnet man mit einer Dauer des Kampfes bis zum Oktober. H. Saarbrücken, 15. April. Im Saargebiet wurden heute abend gegen 14 000 Arbeiter ausgesperrt. Die Arbeitgeber versuchen, Italiener anzustellen.

Schweres Automobilunglück.

W. Rauterbach (Württ. Schwarzwald), 15. April. Als der Schutzhilf Striegel von Schramberg in Begleitung von Frau und Tochter im Automobil zurückfuhr, stürzte das Automobil in einen Graben und überfuhr sich. Alle drei Insassen wurden schwer verletzt, die Frau ist ihren Verletzungen bereits erlegen.

Roosevelt in Wien.

H. Wien, 15. April. Die Audienz Roosevelts bei Kaiser Franz Josef dauerte über eine Stunde. Der Kaiser unterließ sich mit Roosevelt über amerikanische Verhältnisse. Roosevelt dankte für den freundlichen Empfang; die Begegnung Roosevelts mit Aehrenthal, die 1 1/2 Std. währte, war ungemein herzlich und lebhaft.

Das deutsche Kaiserpaar in Oesterreich-Ungarn.

H. Pers.-Zürich, 15. April. Nach Informationen, die die Zeitung der Grundherrschaft Balleu erteilt hat, werden Kaiser Wilhelm und Kaiserin Augusta Wilhelmine am 8. September zu einwöchigen Aufenthalt dort als Gäste Erzherzog Friedrichs eintreffen. Es werden zu diesem Zweck große Vorbereitungen getroffen. U. a. soll das Schloss im Ort Maria Theresia vollständig renoviert werden. Am 15. September begibt sich das deutsche Kaiserpaar nach Wien, um den Kaiser Franz Josef zu seinem 80. Geburtstag zu beglücken.

Unterhaltungsblatt.

Der brennende Berg. Von Hans Strobl. (Fortf.) - Nichter nicht! Eine wahre Geschichte von Adolf Stark. Kunst und Wissenschaft. - Theater und Musik. Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den polit. Teil: J. W. Erich Boldau, für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nachrichten, Vermittlungen und Sport: Erich Boldau; für das Revueblatt: Paul Schaumburg; für den Interaktiven: Friedrich Endrulat; Druck u. Verlag von Otto Hendel. - Dieses Nummer umfasst 8 Seiten. - einschließlich Unterhaltungsblatt.

Halle und Umgebung.

Halle a. S. 16. April.

Statistische Uebersichten der Stadt Halle.

Zum zweitenmal erscheinen jetzt statistische Jahresübersichten für die Stadt Halle. Die Uebersichten konnten gegenüber der erstmaligen Zusammenstellung im Vorjahre (1905) bedeutend erweitert werden; statt 47 Tabellen sind es diesmal 113. Daß mit dieser Erweiterung eine Ausdehnung des Inhalts Hand in Hand gegangen ist, zeigt ein Vergleich der Inhaltsübersichten für die beiden Jahrbücher. In dem Vorwort sagt der Verfasser, Herr Direktor Dr. Wolf, Leiter unserer Statistischen Amtes:

Den ersten Anlaß zur Herausgabe von statistischen Jahresübersichten gab das Vorhandensein der Monatsübersichten, die ohne eine Jahreszusammenfassung für weite, und zwar gerade Vorkenntnisse nicht den vollen Wert haben.

Hierzu kam der Wunsch der Stadtverwaltung, den städtischen Verwaltungsbericht und den Tabellenwerk zu entlasten, und den städtischen Verwaltungsbericht und die statistischen Jahresübersichten so zu gestalten, daß sie sich gegenseitig ergänzen, wodurch die Verwendung beider Veröffentlichungen erleichtert und die Abgabe städtischer Druckausgaben gleichzeitig beträchtlich eingespart wird.

Dem Tabellenwerk sind ein paar kurzgefaßte Ausführungen über einige wichtigere, allgemein interessierende Ergebnisse angehängt worden, und zwar über die Einwohnerzahl und Einwohnervichtigkeit Halles (von uns schon zum Teil mitgeteilt. Die Red.), über den Zugang und Fortzug in Halle, über die Bauwirtschaft und über die Arbeitsvermittlung.

Fleischer-Zwangsinnung.

Am 13. April fand im Hotel „Zum goldenen Ring“ die feierliche Prüfung und Entlassung von 15 Lehrlingen der Fleischer-Zwangsinnung Halle statt. Nachdem der Obermeister Paul Schliack die erschienenen Ehrengäste, Herr Rektor Köneke, Schlachtdirektor Reimers, Vertreter der Handwerkskammer Obermeister Grede, die Lehrerschaft der städtischen gewerblichen Fortbildungsschule sowie den Obermeister der Bitterfelder Innung vor sich nebst Deputation begrüßt hatte, leitete der Gesangsverein der Fleischer mit dem Liede „Gott grüße dich“ die Feier ein.

Herr Lehrer Langsdorff präsidierte den jungen Leute in eingehender Weise in der Geschichte des Vaterlandes sowie im Krankenwesen, Alter- und Invaliditäts- und Berufsgenossenschaftswesen. Die klaren Antworten zeigten, daß die jungen Leute ihre Zeit wohl ausgenutzt hatten.

Wasdann trat der stellvertretende Obermeister und Fachschullehrer Langsdorff in die Prüfung ein; er behandelte den Einkauf und die Krankheiten der Tiere ausführlich sowie das Wirtschaften und Nahrungsmittelgesetz, die Herstellung sowie Bereinigung der Wurstwaren. Auch hier zeigte sich, daß die jungen Leute den Gang der Prüfung beherrschten.

Dann ertönte das feierliche Lied „Das ist der Tag des Herrn“; der Obermeister hielt eine zu Herzen gehende Ansprache und ermahnte die jungen Leute, den betretenden Pfad gut zu Ende zu führen in Treue, Ehrlichkeit, Fleiß und Beschäftigung. Es wurden vier Preise ausgeteilt an die Junggeleiteten W. r. S. u. h. e. D. a. m. u. S. o. l. l. e. Der Junggeleitete Schüller dankte im Namen seiner Kollegen allen herzlich für die empfangenen Lehren und überreichte den Lehrern und dem Prüfungsausschuß zum dauernden Andenken ein Gruppenbild.

Herr Rektor Köneke wünschte den jungen Leuten viel Glück auf den ferneren Wegen und erwähnte noch das gute Verhältnis im Fleischerhandwerk zwischen Meister und Gesellen sowie zwischen Schule und Innung, wobei er besonders hervorhob, daß er nie das Betragen der Fleischer zu tabeln gehabt hätte. Auch Herr Obermeister Grede als Vertreter der Handwerkskammer richtete anerkennende Worte über das schöne, harmonische Zusammenarbeiten im Fleischerhandwerk und wünschte den jungen Leuten, daß dieses immerdar so bleiben möge.

Herr Schlachtdirektor Reimers sprach dem stellvertretenden Obermeister Langsdorff persönlich seine Anerkennung über die sachgemäße Behandlung der Prüfung aus. Nachdem noch das Lied „Hoch die alten Eichen“ erklungen war, schloß der Obermeister die so schön verlaufene Feier.

Befähigung des Schlachts- und Viehhofes durch den 4. kommunalen Verein.

In der Schlachthof-Befähigung nahm am Donnerstag nachmittags eine größere Anzahl Mitglieder des 4. kommunalen Bezirksvereins, zum Teil mit ihren Familienangehörigen, teil. Unter der fachmännischen Führung des Herrn Direktors Reimers sahen die Besucher die sämtlichen Schlachträume und sanitären Anlagen.

Unnützlich wurde ein Bummel durch die großen Schlachthallen gemacht. Dabei hatten die Besucher Gelegenheit, mehreren Schlachtungen mit den verschiedenen Tötungs- und Betäubungsmitteln beizumohnen. Am bestbewährtesten und sichersten ist der Schußapparat mit Angel oder Bolzen. Die Tiere werden damit auf schnelle Weise betäubt und erleiden einen vollkommen schmerzlosen Tod. Der Schußapparat wird bei Groß- und Kleinvieh angewandt, die Wirkungsweise ist überall die gleich vorzügliche.

Interessant war auch der Rundgang in den ausgedehnten Kühlräumen, in denen die Temperatur bis auf -1 Grad herabgebracht ist. Weiter wurden befähigt die Parteiliche für Schlachthof, die Pferdebeschäftigte, das Maschinenhaus und die Fleischabteilung.

Ueberraschend für manchen der Besucher gestaltete sich die Einfahrt in die ebenfalls zum Schlachts- und Viehhof gehörende Untersuchungsanstalt. Es dürfte

vielen nicht bekannt sein, welche eminente Sorgfalt darauf verwendet wird, absolut freisprechendes Fleisch den Konsumenten zu garantieren. Die Besucher hatten auch Gelegenheit, in mehreren angelegentlich ausgestellten Erzeugnissen in Fleisch zu beobachten. Die bakteriologischen Untersuchungen, die ebenfalls mit bedeutendem Aufwand von Zeit und Mühe verbunden sind, führte Herr Direktor Reimers persönlich aus.

Das Wetter am Sonntag.

Dem Wetter ist noch nicht so trauen. Gestern mittag zog man den Mantel an: es könnte regnen! Und abends hing man ihn über den Arm, weil es gar so warm geworden war. Nun kommt der Sonntag näher und der Himmel überzieht sich mit grauen Wolken. Noch ist aber nicht alles verloren. Die Winde schlagen gar so schnell nicht um und werden uns schon zum Sonntag leidlich gutes Wetter tragen. Die trübe Grundstimmung wird bleiben, der Regen aber wartet noch und die Sonne lacht immer einmal durch die Wolken. Ebenfalls werden wir mit dem Sonntag zufrieden sein können.

Dann aber wird sich der April noch einmal zeigen, als April.

Zum Einzug der Mündener Parvevalhalle.

Der Platz im Mündener Ausstellungspark, auf dem die Parvevalhalle gestanden hat, ist jetzt eine Trümmerstätte und ein Chaos. Die verfallenen schweren Eisenböden sind ineinander mit Blech verflochten. Nur der Turm, der am Anfang der montierten Gefängnisse diente, ragt hervor. Bemerkenswert ist, daß weniger als 2 Stunden vor dem Einzug der Halle, durch den zwei Arbeiter getötet und neun zum Teil schwer verletzt worden sind, die Sozialkommission umfangreichere Sicherungen veranlaßt hat. Ehe diese ausgeführt waren, kürzte die Halle auch schon ein. Die Untersuchungskommission stellte über die Ursache des Unfalls

Ursache des Unfalls.

zweiierlei fest. Einmal sei die Konstruktion zu leicht gewesen, außerdem habe sich durch die mangelhafte Montage ein Binder gelöst. Der oberste der vier Binder, der sich gelöst hatte, riß die anderen drei nach sich und rief so den Einsturz der ganzen Halle hervor. Für diese Mutmaßung spricht auch das langsame Neigen der Binder beim Einsturz und das zuerst mächtige Krachen. Die Grundpfeiler, die durch zwei die Eisenstütze mit der etwa 1 Meter tief in der Erde angebrachten Betonplatte verbunden waren, konnten die stützenden Bogen nicht halten. Die Gemalt des Sturzes drang die Stütze ab und riß sie aus dem Betonpfeiler heraus.

Der Warnungsruf aus der Höhe.

Den ersten Warnungsruf: „Obacht!“ stieß ein junger Mann aus der Höhe von 27 Metern hervor. Er arbeitete an der Dachkonstruktion, wo er sich mittels eines Sicherungsbandens befestigt hatte. Er machte den Sturz in die Tiefe mit und kam mit nur leichten Hautabstülpungen an den Knien davon. Die Gemalt des Sturzes zeigt sich am deutlichsten, wenn man bedenkt, daß der 10 Zentimeter breite, dicke Belegputz, mittels dessen sich der Arbeiter befestigt hatte, glatt durchgerissen wurde.

Die Opfer der Katastrophe.

Die stützenden Eisens-, Blech- und Holzteile hatten eine größere Anzahl Menschen unter sich begraben, die nach langem mühsamen Suchen geborgen werden konnten. Der Arbeiter Berger aus München hat eine schwere Schädelverletzung sowie mehrere Wunden am Hinterkopf erlitten. Er ist kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus gestorben. Der Schlosser Friedrich Marzhofer erlitt eine Beinverletzung und einen Schädelbruch. Der Arbeiter Wilhelm Schulz Schädelbruch, einen Bruch des linken Oberarms und einen Bruch des linken Unterarms. Monteur Strombach erlitt einen Rippenbruch. Während die Verletzten herangezogen wurden, kam es zu wüsten Ausschreitungen. Zahlreiche Arbeiter, Maurer und Bauarbeiter, die auf der Ausstellung beschäftigt und infolge der Aussperrung bereits entlassen waren, sowie Maurer aus der nächsten Umgebung eilten herbei und wollten, erregt durch den Anblick der Kameraden, die man verwundet heranzog,

die Urheber des Unglücks züchtigen.

Man hörte fortwährend Schreie wie „Liederliche Arbeit! Umsonst! Umsonst! Umsonst! Umsonst!“ und „Liederliche Arbeit! Umsonst! Umsonst! Umsonst! Umsonst!“ und „Liederliche Arbeit! Umsonst! Umsonst! Umsonst! Umsonst!“

Zu dem Ballonfund bei Hildesheim.

wird aus Saarbrücken gemeldet: Die drei Injassen des Ballons „Prinzess Viktoria“ waren Oberleutnant Klein, Architekt Alex Müller und ein Herr Anorr. Der Ballon, der sich wegen des herberdenden starken Nebels nicht in beträchtlichen Höhen gehalten hatte, wurde in der Nähe von Warburg aus einer Höhe von 1000 Metern gegen eine hügelige Erhebung des Terrains gescheitert. Der Ballon lag dabei fast flach auf der Erde, während die Gondel mit großer Gewalt auf den Boden gescheitert wurde. Unter der Gewalt dieses Anpralls führten die drei Insassen in der Gondel. Als der Ballon von seiner Basis erlöset war, erhob er wieder in die Höhe und wurde schließlich in der Nähe von Hildesheim durch das herabhängende Schleppeil von Feldarbeitern aufgehoben. Die Injassen

